

Leserbrief

Bürgerfernsehen oder Verwaltungfernsehen in Grünheide (Mark), wer soll das bezahlen?

Die Gemeindevertretung beschloss im November 2014 mehrheitlich unter anderem ein ...„europaweites Interessenbekundungsverfahren...“ zur Einführung eines Bürgerfernsehens für Grünheide(Mark) gemäß dem Antrag der Fraktion SPD FFW-ALG-Freie Wähler einzuleiten.

Die Einwohner sollen jede Woche 60 Minuten über das Internet und über je ein „Touchscreen in jedem Stadtteil (siehe Vertragsentwurf)“ sehen dürfen, was die Verwaltung für sehenswert zulässt.

Da in den Ortsteilen von Grünheide selbst am Marktplatz nicht überall ein leistungsfähiger Internetzugang existiert, weil nicht über TV gesendet wird und weil inzwischen der Seniorenanteil steigend bei 25% liegt, soll dieses Defizit offensichtlich wöchentlich umlaufend in den Ortsteilen durch einen Seniorentreff o.ä. ausgeglichen werden. D. h. alle sechs Wochen müsste man sich 360 Minuten Zeit dafür nehmen. Da müssen dann alle Senioren hinlaufen, oder hingebacht werden, um zensierte DVD's anzusehen?

Die Kosten sind für 2015 mit 50 T€ und die Folgejahre mit je 100 T€ im Haushaltsplan ausgewiesen. Und das, trotzdem der Gemeinde 1,3 Mio € in der Kasse für 2015 fehlen. Geht man vom Vertragsentwurf aus, kommen hier bis 2021 insgesamt 650 T€ zusammen. Für die Vereinsförderung, Kultur und Sport hat man z.Zt. dagegen lediglich 40T€/a übrig.

Dabei soll gleichzeitig die journalistische Freiheit eingeschränkt werden. Wie im Vertragsentwurf steht „wird (der Betreiber – Anm. des Verf.) insbesondere die Gemeinde weder in Wort, (Bewegt-) Bild und Gesprächen/Kommunikation diskreditieren, negativ darstellen, noch in sonstiger Weise schaden“. Wie frei darf in Grünheide (Mark) Journalismus sein? Also - Zensur nicht ausgeschlossen, wenn „insgesamt nicht positiv“ berichtet wird? Das erinnert stark an vor 1989?

Dazu kommt noch, dass entgegen dem Beschluss kein Interessenbekundungsverfahren, das noch nicht zum Auftrag führen würde, sondern bereits förmlich ein Vergabeverfahren als Verhandlungsverfahren mit dem Ergebnis der Auftragserteilung gemäß Veröffentlichung vom 03.03.2015 stattfinden soll.

Eine stets aktuelle und verbindliche Information über den Internetauftritt der Gemeinde und eine Zustellung in jeden Haushalt von „Gemeinde AKTUELL“ würde das Informationsdefizit bereits verringern. Das Geld wäre für die Kulturarbeit bestimmt besser angelegt und würde zum Wohlfühlfaktor der Bürger unserer Gemeinde beitragen.

Und zuletzt, warum informiert der Bürgermeister bei diesem Leistungsvolumen und den merkwürdigen Rahmenbedingungen nicht die Bürgerinnen und Bürger bzw. befragt sie nach ihrer Meinung, ob unter den örtlichen und Haushaltsbedingungen sowie politischen Vorgaben ein „Bürgerfernsehen“ gewünscht wird?

Grünheide, 22.03.2015

Ulrich Kohlmann